

3. März 2021

**BUND-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl:**

## **Was tun für mehr Wohnungen ohne Neubaugebiete?**

**Ludwigsburg.** Der Kreisverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat vor kurzem die Parteien zur Landtagswahl zu drei ausgewählten Themen befragt. Geantwortet haben Grüne, CDU, SPD und FDP. Beim dritten „Wahlprüfstein“ ging es um das Thema „nachhaltiges Bauen und Wohnen“.

Der Trend zu Neubaugebieten auf der Grünen Wiese für Ein- und Zweifamilienhäuser (EFH) ist laut BUND ungebrochen, obwohl die wirkliche Wohnungsnot bei den Menschen herrscht, die eine preiswerte Mietwohnung suchen. Vor diesem Hintergrund bat der BUND-Kreisverband die Kandidat\*innen der Parteien um Antworten, was sie konkret in Land und Kreis tun wollen, um den Flächenverbrauch zu beenden und mehr dauerhaft preiswerte Mietwohnungen zu bauen?

Die drei **SPD**-Kandidaten halten den Null-Flächenverbrauch angesichts der Zuwanderung im Landkreis für unrealistisch. Aber er könne reduziert werden, indem man sich auf den Geschosswohnungsbau fokussiere, z.B. mit einer Landeswohnungsgesellschaft und durch einen Landesfonds, der die Kommunen beim Grundstückskauf unterstützt. Auch der Ulmer Weg, bei dem es nur der Kommune erlaubt ist, Bauland zu erwerben, sei eine Möglichkeit. Außerdem will die Partei den Leerstand in den Kommunen bekämpfen, z.B. durch eine Grundsteuer C. Der **BUND** hält die Vorschläge der SPD für unterstützenswert, insbesondere die zum Grundstückserwerb der Kommunen. „Nur durch kommunale Grundstücke und Mietwohnungen lässt sich der Mietpreis nachhaltig und dauerhaft drücken“, weiß Flaig aus jahrzehntelanger Praxiserfahrung. Der BUND hoffe, dass sich die SPD-Kandidaten intensiv für die Umsetzung der Vorschläge einsetzen.

Die drei **FDP**-Kandidaten setzen auf die Nachverdichtung der urbanen Räume. Dafür wollen Sie z.B. große Parkplätze überbauen oder Häuser aufstocken. Außerdem sollen ein strategisches Flächenmanagement und die Anwendung von Baulückenkatastern weiterhelfen, um einen Überblick über potenzielle Entwicklungsflächen im Innenbereich wie Baulücken oder Konversionsflächen zu erhalten. Für den **BUND** seien das gute, aber völlig unzureichende Vorschläge. „Es fehlt uns vor allem ein Bekenntnis zu weniger bis gar keinen EFH-Neubaugebieten“, meint der BUND-Kreisvorsitzende Stefan Flaig. Und Maßnahmen für preiswerte Mietwohnungen habe die FDP dabei gar nicht vorgeschlagen.

Die drei Kandidat\*innen der **Grünen** halten die Zersiedelung der Landschaft für den falschen Weg, um mehr Wohnraum zu schaffen. Um mehr Innenentwicklung zu erreichen, wollen sie das bereits vorhandene „Kompetenzzentrum Wohnen“ stärken. Mit dem Grundstücksfonds des Landes sollen auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden, mehr eigene Grundstücke zu kaufen, die dann mit preiswerten Wohnungen bebaut werden. Außerdem wollen die Grünen ein Förderprogramm für Dachausbauten und Aufstockungen auf den Weg bringen und Erbbaurechtsmodelle fördern.

Der **BUND** unterstütze alle Vorschläge der Grünen. Doch nach Meinung des BUND reiche es nicht aus, viel Geld in die Kommunen zu stecken, solange diese weiterhin ungehemmt Einfamilienhäuser auf der Grünen Wiese bauen dürften. „Gleichzeitig mit den Fördergeldern muss es auch klare Vorgaben für die Kommunen geben, damit diese endlich mit der Innenentwicklung ernst machen und die wirklich notwendigen preiswerten Mietwohnungen bauen“, ist Flaig überzeugt.

Die drei Kandidat\*innen der **CDU** setzen bei der Schaffung von neuen Wohnungen vor allem auf den Erwerb von Wohneigentum. Dafür soll die Bauland-Ausweisung durch die Kommune noch weiter erleichtert, das Baukindergeld verlängert und die Grunderwerbsteuer gesenkt werden. Daneben soll der soziale Wohnungsbau ein Schwerpunkt der künftigen Wohnraumpolitik des Landes werden. Bei der Neuansiedlung von Behörden will die CDU in Zukunft den ländlichen Raum bevorzugen.

Für den **BUND** ist die Sache damit klar: „Die CDU will weiterhin die Landschaft mit Einfamilienhäusern zapflastern, während sie beim sozialen Wohnungsbau verächtlich vage bleibt“, erkennt der Kreisvorsitzende Flaig. Sie habe offenbar die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt und setze deshalb weiter voll auf „Wachstum“. Von Nachhaltigkeit sei da laut BUND keine Spur.

Insgesamt hält der **BUND** viele der von den Parteien gemachten Vorschläge für sinnvoll. Von einer nachhaltigen Siedlungspolitik seien sie aber weit entfernt, solange der Großteil der Bautätigkeit sich immer noch auf der Grünen Wiese abspiele. „Da hat sich bei den Parteien offenbar noch nicht die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir angesichts des demografischen Wandels schon heute genug Einfamilienhäuser für künftige junge Familien haben“, meint Flaig abschließend.

Die vollständigen Wahlprüfsteine und Antworten der Parteien sind auf der Homepage des BUND-KV Ludwigsburg abrufbar: [www.bund.net/kv-ludwigsburg](http://www.bund.net/kv-ludwigsburg) .

*Kontakt: Stefan Flaig, Haffnerstr. 4, 71672 Marbach  
[Stefan.Flaig@bund.net](mailto:Stefan.Flaig@bund.net), Tel.: 0711/255 196 56*